

Europa und Internationales

Beschluss

DEN MULTILATERALISMUS STÄRKEN

**Die großen Herausforderungen
unserer Zeit gemeinsam bewältigen!**

SPD- Bundestagsfraktion
16. Juni 2020

SPD Soziale
Politik für
Dich.

DEN MULTILATERALISMUS STÄRKEN

Die großen Herausforderungen unserer Zeit gemeinsam bewältigen!

Vor 75 Jahren wurden die **Vereinten Nationen** gegründet, um die Welt von der Geißel des Krieges zu befreien. Heute stehen die Vereinten Nationen und mit ihnen der gesamte Multilateralismus vor ihrer größten Bewährungsprobe nach dem Zweiten Weltkrieg. Denn auch wenn wir alle konkreten Folgen der Pandemie noch nicht absehen können: Die grenzenlose Verbreitung von Covid-19 wird weltweit für die Gesellschaften zu einer massiven Herausforderung. Und eines macht die Pandemie bereits deutlich: Nicht jede Ökonomie und Gesellschaft leidet unter den gleichen Umständen und nicht alle leiden gleich schlimm. Aber wir müssen alle solidarisch zusammenarbeiten, um die Krise zu meistern. Denn isolierte Maßnahmen, seien sie gesundheits-, wirtschafts- oder sozialpolitisch, sind mit Blick auf die globale Herausforderung der Krise unzureichend. In dieser Hinsicht gibt es Übereinstimmungen zwischen der Pandemie und der Menschheitsherausforderung Klimawandel. Ob uns das gelingt, wird maßgeblich davon abhängen, ob die Weltgemeinschaft den internationalen Organisationen ein klares Mandat gibt, uns gemeinsam aus der Krise zu führen. Und umgekehrt wird von der Bekämpfung der Pandemie auch ein Signal ausgehen, ob der Multilateralismus im Jubiläumsjahr der Vereinten Nationen gestärkt aus der Krise hervorgeht.

Die EU ist ein herausragendes Beispiel multilateralen Handelns. Seit fast 70 Jahren sprechen sich die europäischen Mitgliedstaaten in ihrer Politik ab und handeln gleichberechtigt. In der Corona-Krise kommt es nun darauf an, dass die EU Handlungsfähigkeit unter Beweis stellt und zeigt, dass sie in der Lage ist, die aufkommenden Probleme zu lösen. Sollte die EU dies nicht schaffen, droht der Multilateralismus auch auf globaler Ebene Schaden zu nehmen. Denn wenn die EU nicht als Beispiel für effektives multilaterales Handeln auftreten kann, wird es schwer Dritte von Sinn und Zweck des Multilateralismus zu überzeugen.

EINE KRISE WIE KEINE ANDERE BISHER

Die Krise ist wie keine andere bisher. Der IWF geht von der **schlimmsten Rezession** seit der großen Depression vor 90 Jahren aus. Die Welthandelsorganisation (WTO) schätzt, dass der Handel in diesem Jahr um ein Drittel schrumpfen wird. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sind heute 2,7 Milliarden der insgesamt 3,3 Milliarden Arbeitskräfte von Betriebsschließungen und der Einschränkung der Wirtschaftskreisläufe betroffen. Bis zu **230 Millionen Vollzeitstellen** könnten in 2020 wegfallen, mit gravierenden sozialen Folgen für viele Menschen. Die globale Armut wird, so erste Schätzungen, zum ersten Mal seit 30 Jahren wieder ansteigen, und zusätzlich eine halbe Milliarde Menschen in Armut bringen. In vielen Regionen steht die Ernährungssicherheit auf dem Spiel. Gerade in den verletzlichsten Gesellschaften **wirkt der Virus auf Krisen und Konflikte** wie ein Brandbeschleuniger. Dort wo humanitäre und medizinische Hilfsleistungen aufgrund von Grenzschließungen ausbleiben, Friedensverhandlungen sowie multilateral getragene Einsätze ausgesetzt werden und Konfliktparteien oder Terrororganisationen die Pandemie instrumentalisieren, verschärfen sich gesellschaftliche Konflikte – sexualisierte und geschlechtsbasierte Gewalt, vor allem gegen Frauen und Mädchen, nimmt zu und mühsam geheilte Wunden vergangener Gewaltkonflikte brechen wieder auf. Autoritäre Tendenzen werden verstärkt, in vielen Ländern sind die

notwendigen Räume für die Arbeit der Zivilgesellschaft und der politischen Opposition noch weiter eingeschränkt worden. So ist der Umgang mit der Pandemie auch ein Stresstest für die Demokratie, gerade in politischen Systemen wo staatliche Institutionen schwach sind und von Machthabern gegenüber wichtigen Teilen ihrer eigenen Bevölkerung instrumentalisiert werden. Die Ressourcen und Kapazitäten mit der Krise umzugehen, sind hochgradig unterschiedlich. Wenn wir nicht energisch gegensteuern, wird die Pandemie die bestehenden Ungleichheiten zwischen den Ländern und innerhalb von Gesellschaften weiter verschärfen. Viele Länder stehen schon heute an der Schwelle zu einer neuen Schuldenkrise oder haben sie schon überschritten. Durch die steigenden Gesundheitsausgaben, sinkende Einnahmen (vor allem aufgrund des Zusammenbruchs der Rohstoffpreise, der Tourismusmärkte, der globalen Lieferketten und der Rücküberweisungen) und den massiven Kapitalabfluss aus den Entwicklungs- und Schwellenländern, wird sich diese Situation für viele Länder in den kommenden Monaten dramatisch verschärfen.

MULTILATERALISMUS AN DER WEGGABELUNG

Dass der Multilateralismus, der seit 75 Jahren **das Kernstück der liberalen Nachkriegsordnung** bildet und eine Schlüsselrolle bei der Erhaltung von Frieden und Entwicklung weltweit spielt, sich in einer Krise befindet, wurde bereits in den letzten Jahren sehr deutlich. Seine Werte, Ziele, Prozesse und Institutionen werden von einzelnen wichtigen Staaten zunehmend in Frage gestellt. „My-Country First“-Strategien und unilaterale Reflexe, die **Renaissance von Großmachtpolitik**, ein anhaltendes Misstrauen zwischen wichtigen Ländern, die Selbstentbindung von globalen Regeln und die Aufkündigung von Verträgen sowie die Missachtung und Unterausstattung wichtiger multilateraler Institutionen haben multilaterales Handeln fragmentiert und teilweise blockiert.

Wir unterstützen deshalb die „**Allianz für Multilateralismus**“, die Bundesaußenminister Heiko Maas mit seinem französischen Amtskollegen und vielen weiteren Staaten ins Leben gerufen hat und die genau zum richtigen Zeitpunkt gekommen ist.

Ohne Zweifel ächzen viele multilaterale Institutionen unter der Last ihrer Aufgaben und müssen dringend reformiert werden, damit sie den Herausforderungen effektiv begegnen können. Internationale Organisationen können jedoch nur dann richtig funktionieren, wenn sich die Staaten über ihre Bedeutung einig sind und die Voraussetzungen schaffen, dass die Institutionen auch handlungsfähig sind. Globale Institutionen sind maßgeblich vom **Entschluss-, Entscheidungs- und Finanzierungswillen ihrer Mitgliedstaaten** abhängig.

Die Pandemie macht zwei Dinge noch einmal sehr deutlich: Erstens, es gibt Herausforderungen, die die Nationalstaaten selbst lösen können. Pandemien, globale Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungskrisen sowie die Erderwärmung gehören jedoch nicht dazu. Die Covid-19-Krise hat gezeigt, von welcher entscheidenden Bedeutung multilaterale Institutionen für unsere Gesundheit, unseren gemeinsamen Wohlstand und unsere Sicherheit sind und damit auch im Eigeninteresse der Staaten liegen. Denn nationale Reflexe – Zensur in China, das Nichtverwenden von WHO-Tests in den USA – haben die Situation zu Beginn der Pandemie verschärft, statt Lösungen zu bringen. Die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union litt zunächst durch die Einführung innereuropäischer Exportkontrollen. Und zweitens,

wird die Diskrepanz zwischen den wachsenden globalen Herausforderungen einerseits und den effektiven Lösungskapazitäten und dem Willen der Staaten zu kooperieren andererseits, immer größer. Im Unterschied zur Finanzkrise 2009 und zu Ebola 2014 bestimmen nun auch in Zeiten größter Not geopolitische Rivalitäten das unmittelbare Krisenmanagement. Ablesen lässt sich das an den Angriffen auf die Weltgesundheitsorganisation durch die USA, an der bislang nicht gelungenen Einigung im IWF zu Erhöhung von Sonderziehungsrechten sowie an der **Lähmung des Weltsicherheitsrates**. Bis heute konnten sich die Mitglieder trotz mehrfacher diplomatischer Anläufe nicht auf eine gemeinsame Resolution verständigen und damit den Appell des VN-Generalsekretärs zu unterstützen: Einen weltweiten Waffenstillstand auszurufen, um die Schwächsten zu versorgen und Vorkehrung gegen die Ausbreitung des Virus in Konfliktgebieten zu treffen.

Ad hoc wird es darum gehen, die bestehenden multilateralen Strukturen zu verteidigen und, wo es geht, zu stärken und auch zu reformieren. Internationale Zusammenarbeit ist die einzige Möglichkeit, die Ausbreitung von Covid-19 einzudämmen und seine wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ausfälle in den kommenden Monaten zu bewältigen. Mittelfristig ist der **Multilateralismus an einer Weggabelung**: Gelingt es an den ebenfalls unter schwierigen Bedingungen zustande gekommenen multilateralen Meilensteinen wie dem Pariser Klimaabkommen, der Agenda für nachhaltige Entwicklung, der Pekingener Erklärung oder den Globalen Migrationspakt anzuknüpfen und das Fundament multilateralen Handelns zu stärken. Oder verstärkt die Pandemie die Fragmentierung und Schwächung multilateralen Handelns.

Die aktuelle Krise macht deutlich, wie wichtig eine enge europäische und internationale (multilaterale) Abstimmung und Zusammenarbeit ist. Nur gemeinsam können wir die Krise bewältigen, durch internationale Solidarität und durch den Kampf gegen den Rückfall in nationale Egoismen. Nur durch solidarisches, grenzüberschreitendes und abgestimmtes Handeln können wir erfolgreich sein.

VERTRAUENSBIILDUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT

Multilateralismus bedeutet für uns stets auch praktisches Handeln, das Gestaltungsmöglichkeiten greifbar macht. Für die Sozialdemokratie war Multilateralismus nie eine Schönwetterpolitik, sondern muss sich konkret gerade in Zeiten der Krise bewähren und Ergebnisse liefern. In einer Welt, die unübersichtlicher und misstrauischer geworden ist, müssen wir uns deshalb vor allem der politischen Vertrauensbildung annehmen. Vertrauen ist die Grundlage politischen und sozialen Handelns, es ist der eigentliche wechselseitige „Vertrag der Sicherheit“. Das bedeutet: politisches Vertrauen herstellen und festigen und Vertrauenserosion vermeiden. Wir tun dies, indem wir auf politischen Diskurs, soziale Demokratie, Verständigung und zivile Konfliktbeilegung setzen, politischer Abschottung und autoritären Lösungen stellen wir uns entgegen. Und wir tun dies, indem wir soziale Gerechtigkeit quer durch die Politikfelder – globale Ökonomie, Klima, Technologie, Gesundheit, Kultur, Bildung und Sicherheit – als zentralen Bezugspunkt unserer internationalen Politik verankern. Denn: Ohne den Abbau von extremer Ungleichheit innerhalb und zwischen Gesellschaften lässt sich Vertrauen nicht herstellen. Wir halten fest an der Überzeugung, dass diesen Herausforderungen am Besten in demokratischen Systemen begegnet werden kann, wo Fragen des Gemeinwohls permanent zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und

Interessen verhandelt werden können. Nur so können gleiche Rechte und Chancen für alle gewährleistet werden.

EINE AKTIVE DIPLOMATIE STÄRKEN

Eine **aktive Diplomatie, die Verantwortung übernimmt und sich auf die Suche macht nach gemeinsamen Sichtweisen, Interessen und „Inseln der Kooperation“**, ist die Grundvoraussetzung für internationale Zusammenarbeit auch im globalen Rahmen. Wir werden, in Zeiten der Pandemie und darüber hinaus, intensiv daran arbeiten, Vertrauensnetzwerke aufzubauen, mit dem Ziel, multilaterale Institutionen zu stärken und gemeinsames Handeln zu ermöglichen. Denn am nachhaltigsten lässt sich Vertrauen durch die Stabilisierung und den Aufbau effektiver internationaler Organisationen gewinnen.

- Deutschland und die EU werden sich noch mehr als bisher für die Stärkung des Multilateralismus einsetzen müssen. Dies auch vor dem Hintergrund einer zunehmenden Großmacht Konkurrenz zwischen den USA und China, die droht, das bestehende multilaterale System in Mitleidenschaft zu ziehen. Es braucht gerade in Krisenzeiten Führung und „Champions“ für mehr konkrete multilaterale Zusammenarbeit. Ausdrücklich befürworten wir das starke Signal der Allianz für Multilateralismus für mehr multilaterale Zusammenarbeit in der Bekämpfung der Corona-Pandemie, das sich unter anderem in Initiativen zur Unterstützung der WHO – mit der von ihr unterstützten Coalition for Epidemic Preparedness Innovations (CEPI) – und anderer krisenrelevanter VN-Organisationen (UNICEF, UNHCR, UNFPA), zur Umsetzung des Humanitarian Call for Action sowie zur universellen Bereitstellung von Impfstoffen niederschlägt.
- Beachtliche finanzielle Mittel wurden bislang aktiviert, unter anderem 525 Mio. Euro für Impfstoffentwicklung und -bereitstellung bei der EU-Geberkonferenz am 4. Mai 2020, Frontloading der Mittel für humanitäre Hilfe im Jahr 2020 von 1,4 Mrd. Euro, 300 Millionen Euro zusätzlich für humanitäre Hilfe, 55 Mio. Euro zusätzlich für die WHO (davon 52 Mio. für Strategic Preparedness and Response Plan und 3 Mio. für Contingency Fund for Emergencies), Frontloading von 10 Mio. Euro Stabilisierungsmitteln in laufenden Projekten in fragilen Kontexten, 87 Mio. USD bilaterale Mittel im Catastrophe Containment and Relief Trust des IWF, bis zu 233 Mio. Euro Schuldenmoratorium als Teil der G20 Debt Service Suspension Initiative, 1,15 Mrd. Euro umgesteuert innerhalb der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit zur Stärkung multilateraler Hilfsorganisationen, zur Ernährungs- und Beschäftigungssicherung und Pandemiebekämpfung weltweit. Angesichts der drastisch gestiegenen Finanzierungsbedarfe des Globalen Humanitären Hilfsplans der Vereinten Nationen (Covid-19 G-HRP) in Höhe von 6,7 Mrd. USD werden wir Mittel in einer Größenordnung bereitstellen, die unserer Rolle als weltweit zweitgrößter humanitärer Geber gerecht wird.
- Der Sicherheitsrat sollte Covid-19 zu einer Bedrohung für den internationalen Frieden und die Sicherheit erklären und den Aufruf von VN-Generalsekretär António Guterres zu einem weltweiten Waffenstillstand mit Nachdruck einfordern. Um die Unterstützungsleistungen der VN-Organisationen strategisch auszurichten und zu koordinieren braucht es eine gemeinsame **Resolution im Sicherheitsrat** der Vereinten Nationen. Bereits 2005 hat Kofi Annan in seinem Bericht „In Larger Freedom“ betont, dass heute Frieden und Sicherheit auch durch Armut, Infektionskrankheiten und Umweltverschmutzung bedroht wird. Sollte eine

Resolution weiter am Widerstand einzelner Mitglieder im Sicherheitsrat scheitern, sollte die Bundesregierung als nichtständiges Mitglied ein Treffen unter dem Titel „Pandemien, Frieden und Sicherheit“ im Arria-Format initiieren und damit das Thema „Health and Security“ offiziell auf die Agenda des Sicherheitsrats setzen.

- In den kommenden Wochen wird es in Bezug auf die wirtschaftliche Antwort auf die Krise vor allem auf die Zusammenarbeit zwischen G20, den VN und den Bretton Woods Institutionen ankommen. Schon jetzt liegt im **G20-Vorsitz Italiens** ab Dezember (und in der Zusammenarbeit mit den anderen EU-Ländern in der G20) eine Chance, der Gruppe zu neuer Kraft zu verhelfen. Die G20 sollte dabei vor allem als Instrument genutzt werden, um Transparenz herzustellen, Entscheidungsdruck zu erzeugen und mit der Kraft der größten Ökonomien weltweit Unterstützung dort zu leisten, wo konkrete Problemlösungen nicht möglich sind. Ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung ist der Beschluss der G20, alle Zins- und Tilgungszahlungen der 77 ärmsten Länder in diesem Jahr zu stunden.
- Als unmittelbare Antwort auf die Pandemie brauchen wir eine **global koordinierte Gesundheits- und Forschungsstrategie**. Wir begrüßen deshalb, dass die Allianz für den Multilateralismus die WHO in ihren Bemühungen unterstützt. Neben den finanziellen Mitteln sollte die WHO einen Platz bei den G20 bekommen. Mittelfristig muss es darum gehen, ein gut finanziertes, **globales Rahmenwerk für öffentliche Gesundheit** zu etablieren, das alle Bereiche umfasst, von der Forschung, über Frühwarnsysteme und Best-Practice-Datenbanken, bis hin zu Politikempfehlungen, Implementierung und Evaluierung. Mit einer aktiven Außenwissenschaftspolitik wollen wir dazu beitragen, internationale Forschungsk Kooperationen und die Freiheit von Wissenschaft und Forschung weiter zu stärken. Durch Wissenschaftsdiplomatie („Science Diplomacy“) können Brücken der Diplomatie und multinationaler Verständigung zwischen Ländern und Nationen errichtet werden. Auch der Austausch von Bildung, Wissenschaft und enge Kooperationen zwischen Forschungsteams weltweit stellen einen Beitrag multilateraler Verständigung dar.
- Die Förderung von Impfstoffentwicklung und Verteilung muss einer global koordinierenden Governance unterliegen. Diese muss multilateral organisiert sein, mit der WHO im Zentrum. In diesem Rahmen müssen Fragen des geistigen Eigentums, der Preissetzung, der Herstellung und Verteilung durchsetzbar geregelt werden. Dafür sowie in der Gesundheitsforschung und beim Aufbau von Forschungsnetzwerken müssen internationale Zusammenarbeit und Solidarität im Zentrum stehen, nicht Wettbewerb zwischen Herstellern, Institutionen, Stiftungen oder Nationalstaaten.
- Darüber hinaus sollten wir anti-demokratischen Entwicklungen entgegenwirken und die fragilen Demokratien im globalen Süden dabei unterstützen, die politische Stabilität auch in Krisenzeiten zu erhalten. Demokratien sind langfristig stabiler und besser in der Lage, soziale und politische Konflikte zu regeln, die sich durch die massiven Herausforderungen für die Entwicklungsökonomien ergeben werden. Dies würde u.a. bedeuten, im Rahmen der (bilateralen und multilateralen) Entwicklungszusammenarbeit auch wieder stärker politische Institutionen und Prozesse zu fördern, die entscheidend sind für die Verteidigung und Vertiefung der Demokratie. Dazu gehört auch der Einsatz gegen Desinformation und Fake-News und für einen freiheitlichen und faktenbasierten Diskurs. Die unabhängige demokratiefördernde Arbeit der politischen Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaftsinstitutionen muss durch die auswärtige Kultur- und Bildungspolitik gefördert werden, um die Zivilbevölkerung auf verschiedenen Ebenen zu erreichen. Außerdem werden

wir unsere Kooperationspartner und unsere wichtigen Mittlerorganisationen, wozu unter anderem das Goethe-Institut, die Deutschen Auslandsschulen und der Deutsche Akademische Austauschdienst gehören, weiterhin darin unterstützen, demokratische und freiheitliche Werte durch bildungs- und kulturpolitische Arbeit zu stärken.

FRIEDEN UND SICHERHEIT

Schon vor dem Ausbruch von Covid-19 stand die multilaterale Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Vereinten Nationen unter existentiellstem Druck. Friedensoperationen mussten wegen Mittelkürzungen beendet oder deutlich reduziert werden. Deutschland ist in den letzten Jahren immer wieder eingesprungen, um Krisenprävention und Konfliktbearbeitung nach Kassenlage zu vermeiden. Unter den Folgen **der Covid19-Pandemie leidet nun auch die internationale Krisendiplomatie**, indem Konfliktmediation und Friedensdiplomatie erschwert wird. Aufgrund der Weiterverbreitung des Virus wurden in laufenden Blauhelm-Missionen der Vereinten Nationen bereits routinemäßige Rotationen der Truppen-Kontingente ausgesetzt.

Kurzfristig sollte sich die Bundesregierung für **folgende Maßnahmen für ein akutes Krisenmanagement** einsetzen:

- Aufhebung von Grenzsicherungen und Reisebeschränkungen zur humanitären und medizinischen Versorgung von Menschen in besonders gefährdeten Konfliktgebieten vergleichbar mit der Reaktion des Sicherheitsrats auf die Ebola-Krise 2014/2015; Aufforderung an alle Konfliktparteien uneingeschränkter Zugang zu humanitärer Hilfe zuzulassen; Schutzmaßnahmen für ziviles und militärisches VN-Personal in Konfliktregionen und sicherstellen, dass Blauhelm-Truppen nicht zum Überträger des Virus werden; Bereitstellen von finanzieller Soforthilfe für das United Nations World Food Programme zum Aufbau von regionalen Versorgungszentren.

Für eine **wirksame und nachhaltige Krisenprävention und Friedensförderung im Rahmen der Covid-19-Bekämpfung** sollte sich die Bundesregierung überdies für die folgenden Initiativen und Maßnahmen stark machen:

- Einrichtung eines Fonds zur Friedensförderung mit dem die mittel- und langfristigen Folgen der Pandemie für Konflikte und Krisen bearbeitet werden können; eine Covid-19 Watchliste, die in einer öffentlich zugänglichen Datenbank alle Maßnahmen von Regierungen zur Covid-19-Bekämpfung aufführt, die bestehende Konflikte verstärken oder neue Konfliktlinien schaffen. Ein durch den Menschenrechtsrat eingesetzter Sonderberichterstatter sollte die Watchliste pflegen und regelmäßig über aktuelle Entwicklungen informieren; eine gemeinsame Strategie für fragile Staaten in der zwischen VN, Weltbank und IWF regelmäßig die Konsequenzen der Pandemie für schwache und fragile Staaten bewertet und neue Maßnahmen beschlossen werden; ein besonderer Fokus auf die Unterstützung für Wahlen, die aus legitimen Gründen verschoben wurden, um Vertrauen in den Wahlprozess zu schaffen.

EINEN SOZIAL-ÖKOLOGISCHEN WANDEL EINLEITEN

Für uns steht fest: Kurzfristig müssen wir durch rasche Maßnahmen die **konkreten Härten der Menschen in den Blick** nehmen, die weltweit durch die Pandemie in Gesundheitskrisen, Armut und Arbeitslosigkeit geraten und ihnen eine Perspektive geben. Zugleich müssen wir jedoch die **Bekämpfung der Gesundheitskrise eng verknüpfen mit mittel- und langfristigen Strategien gegen die beiden wichtigsten (schleichenden) Erosionskrisen** – die wachsende Ungleichheit und die Erderwärmung. Die Wirtschaft, so VN-Generalsekretär António Guterres, kann hinterher nicht mehr die gleiche sein, wie vorher. Wir werden uns nicht damit begnügen, den Status quo ante wiederherzustellen. Unser Anspruch ist nicht nur ein **kurzfristiges „reboot“**, sondern vor allem ein **„rebuild“!** Es braucht einen grundsätzlichen sozial-ökologischen Wandel in der globalen Politik – hin zu mehr Stabilität, Gerechtigkeit, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl. Wir werden weltweit umfangreiche Mittel mobilisieren müssen, um die ökonomischen, sozialen und kulturellen Folgen der Pandemie zu meistern. Diese dürfen nicht sozial und ökologisch abträgliche Strukturen auf Jahre hin zementieren, sondern müssen so gestaltet und eingesetzt werden, dass sie einen sozial-ökologischen Wandel befördern. In den **17 Zielen der Agenda** für nachhaltige Entwicklung (SDGs), die die Grundlage unserer Politik sind, sind die wichtigsten Investitionsfelder benannt. Das bedeutet für uns konkret:

- **Just Recovery Programme** müssen langfristig angelegt werden und in einen robusten Aufschwung investieren; sie müssen vor allem Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) in den Blick nehmen, die in vielen Ländern das Rückgrat der Wirtschaft bilden sowie die besondere Situation informell Beschäftigter sowie von Arbeitsmigrant*innen adressieren; Die Konjunkturpakete müssen vor allem auf die Sicherung und Schaffung von guter Arbeit weltweit ausgerichtet werden. Sie müssen sich am Global Jobs Pact der ILO orientieren: Beschäftigung schaffen, sozialen Schutz ausweiten, Arbeitnehmer*innenrechte stärken, den sozialen Dialog fördern; Die Maßnahmen müssen sich an die Grundsätze der Menschenrechte halten und diese stärken sowie Geschlechtergerechtigkeit umsetzen; Mittelfristig muss in allen Ländern ein sozialer Basisschutz aufgebaut werden, um den Zugang zu medizinischer Grundversorgung sowie ein Mindestmaß an Einkommenssicherung sicherzustellen. Für die ärmsten Länder, die dazu finanziell nicht in der Lage sind, soll ein globaler Fonds für sozialen Schutz eingerichtet werden. Nach Covid-19 kann niemand mehr in Frage stellen, wie entscheidend öffentliche Gesundheit für die Gesellschaften ist. Investitionen in die nationalen Gesundheitssysteme müssen deshalb Priorität haben, mit einem Schwerpunkt auf Prävention.
- **Frauen** sind weltweit vom Einbruch der Wirtschaft infolge der Covid-19-Pandemie besonders schwer betroffen. Sie arbeiten überproportional im informellen Bereich und in der Selbständigkeit. Frauen und Mädchen verfügen über weniger sozialen und medizinischen Schutz und müssen vor allem den Großteil der unbezahlten Sorge- und Betreuungsarbeit stemmen, die durch die Gesundheitskrise nun weiter anwächst. Die Maßnahmenpakete sollten deshalb einen besonderen Fokus legen auf Ernährungssicherheit, Zugang zu Bildung, Wasser und Sanitär und reproduktive Gesundheitsversorgung, gesundheitliche Aufklärung, Bekämpfung von sexualisierter, geschlechtsbasierter und häuslicher Gewalt und die gleichberechtigte Mitwirkung von Frauen an lokalen und regionalen Entscheidungen in der Krisenbekämpfung und -prävention, Konfliktbewältigung und Friedenskonsolidierung im Rahmen der VN-Resolution 1325. Wir begrüßen die Initiative „Frauen, Frieden und Sicherheit“ von Bundesaußenminister Heiko Maas, mit der er die Rolle von Frauen bei der

Friedenssicherung und in Konflikten als zentrales Thema der deutschen Mitgliedschaft im VN-Sicherheitsrat setzte. Ziel ist es, Gleichstellung, Teilhabe und Schutz von Frauen als zentrale Bestandteile von Außen- und Sicherheitspolitik zu verankern. Gleichzeitig gilt es, auf allen Ebenen der Anti-Genderbewegung entgegenzutreten, die international durch rückwärtsgewandte Kräfte stark zunimmt.

- Wir unterstützen Bundesumweltministerin Svenja Schulze darin, dass **Recovery-Programme und Klimaschutz zusammen gedacht** werden müssen – vor Ort, wie global. Vom Petersberger Klimadialog geht deshalb ein wichtiges Signal für eine solidarische und klimafreundliche Krisenbekämpfung aus: In Krisenzeiten setzen wir uns nicht für weniger, sondern für mehr Klimaschutz ein. Das bedeutet, dass wir unsere Ambitionen steigern wollen, dass wir an einem weitreichenden European Green Deal festhalten, dass wir uns dafür einsetzen, dass die Recovery Programme erneuerbare Energien ausbauen und insgesamt weltweit zu Emissionsminderungszielen beitragen.
- **Handelspolitik** ist ein relativ kostengünstiges Instrument, um zur Krisenbekämpfung beizutragen. Kurzfristig sollte die Priorität darauf liegen, die Restriktionen für den Handel mit **krisenrelevanten medizinischen Gütern** aufzuheben. Darüber hinaus muss die Welthandelsorganisation (WTO) als Grundpfeiler der regelbasierten Welthandelsordnung erhalten und gestärkt werden. Wir unterstützen die Bemühungen auf europäischer Ebene, die Blockade des WTO-Berufungsgremiums zu lösen und das WTO-Regelwerk an aktuelle Herausforderungen anzupassen. Mittelfristig sollte das Abkommen über geistige Eigentumsrechte einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Gesundheitsaspekte müssen Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen haben und Lizenzierungs- und Patentbeschränkungen für die lokale Herstellung von Produkten so weit wie möglich beseitigt werden. Zugleich brauchen wir faire **Handelsabkommen, die den Schutz öffentlicher Dienstleistungen und der Daseinsvorsorge gewährleisten**. Auch das hat die Pandemie gezeigt: In Zukunft wird es darum gehen müssen, die globalen Lieferketten nachhaltig zu stabilisieren. Wir fordern daher von den Unternehmen weltweit die Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten und wollen dies in einem Lieferkettengesetz auf nationaler und europäischer Ebene verbindlich und sanktionierbar verankern. Faire Handelsregeln und menschenwürdige Produktionsbedingungen wollen wir auch stärken, indem in allen EU-Handels-, Investitions- und Wirtschaftspartnerschaftsabkommen verbindliche soziale (u. a. ILO-Kernarbeitsnormen), menschenrechtliche und ökologische Standards und konkrete Beschwerde-, Überprüfungs- und Sanktionsmechanismen vereinbart werden müssen.

FÜR EINE NACHHALTIGE FINANZIERUNG

Um die Krise zu meistern, braucht es einen massiven zusätzlichen Mitteleinsatz. Wir begrüßen deshalb die schnellen und umfangreichen fiskalischen Maßnahmenpakete in Deutschland und weltweit, die sich auf mehrere Billionen Euro summieren. Um jedoch dem globalen Ausmaß der Krise gerecht zu werden, braucht es auch globale Lösungsansätze. Das gilt sowohl für die **gerechte Finanzierung der Maßnahmen als auch für die Ausstattung der internationalen Organisationen**. Eine eklatante Unterfinanzierung krisenrelevanter VN-Organisationen darf es künftig nicht mehr geben. Das bedeutet konkret für uns:

- Um **Liquiditätskrisen vor allem von Schwellen- und Entwicklungsländern zu begegnen**, muss der IWF bei der Aufstockung seiner Kreditmittel unterstützt werden. Geber sollten ihre Beiträge erhöhen und da viele Länder zurzeit auf die Versorgung mit Reservewährungen angewiesen sind, sollten Sonderziehungsrechte beim IWF ermöglicht werden.
- Wir begrüßen, dass Bundesfinanzminister Olaf Scholz sich dafür eingesetzt hat, dass der IWF und die G20 **Schuldendiensterleichterungen** für die ärmsten Länder bis Ende 2020 umsetzen werden, um das dringend benötigte Geld kurzfristig in den Ländern zu lassen. Zudem ist es ein gutes Signal, dass zum ersten Mal auch Staaten wie China und Indien, die nicht dem Pariser Club von staatlichen Gläubigern angehören, einem Moratorium zugestimmt haben. Damit ist eine mögliche Schuldenkrise jedoch nicht verhindert, sondern nur verschoben und wir unterstützen Bundesfinanzminister Olaf Scholz darin, sich für eine weitreichendere Lösung einzusetzen. Über das Aussetzen des Schuldendienstes hinaus ist es wichtig, die Schuldentragfähigkeit der betroffenen Länder neu zu bewerten und, falls nötig, umfassende Schuldenstreichungen vorzunehmen. Dazu sollte ein **globales Staateninsolvenzverfahren** unter dem Dach der VN oder des IWF geschaffen werden, das Schuldenerlassoptionen für besonders gefährdete Ländergruppen formuliert und umsetzt – wie etwa jene, die besonders von Covid-19 oder dem Klimawandel betroffen sind. Anstelle von IWF-Standardrezepturen, sollten die betroffenen Länder eigene Wirtschaftsreformprogramme in die Begutachtung einbringen. Die Koordinierung der unterschiedlichen Gläubigergruppen ist die Voraussetzung für einen umfassenden Ansatz.
- Eine **gestaltende Steuerpolitik** und effiziente Steuersysteme spielen für die nachhaltige Finanzierung von Krisenmaßnahmen eine zentrale Rolle. Wir setzen uns deshalb für einen umfassenden Ansatz von internationaler Steuergerechtigkeit ein, zu dem unter anderem die Unterstützung beim Aufbau effizienter Steuersysteme, die Bekämpfung illegitimer Finanzflüsse, die Trockenlegung von Steueroasen, die Erhöhung der Transparenzpflichten von Unternehmen sowie eine globale Mindeststeuer für Konzerne gehören.
- Die VN-Institutionen müssen, um arbeitsfähig zu sein, auf eine stabile finanzielle Grundlage gestellt werden. Dies gilt insbesondere für Organisationen, auf die es in akuten Krisen unmittelbar ankommt, wie UNHCR, WHO, FAO und WFP. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Unterfinanzierung gerade zu Beginn einer Krise effektive Maßnahmen behindert oder gar verhindert hat. Mit Blick auf zukünftige Krisen müssen die Organisationen dauerhaft finanziell besser ausgestattet werden.
- Der weltweite **Rückgang** der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit – insbesondere für die am wenigsten entwickelten Länder (LDCs) – muss gestoppt und umgekehrt werden. Die ODA-Quote aller Geberländer beträgt im Durchschnitt 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens und ist damit weit von den global vereinbarten 0,7 Prozent entfernt. Da die ODA mehr als zwei Drittel der Außenfinanzierung der LDCs ausmacht, müssen gerade in Krisenzeiten die finanziellen Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe verstetigt und gesteigert werden. Wir begrüßen, dass der Koalitionsausschuss als deutliches Zeichen der internationalen Solidarität am 3. Juni 2020 im Rahmen des Konjunktur- und Krisenbewältigungspakets zusätzliche Mittel in Höhe von je 1,5 Mrd. Euro für die Jahre 2020 und 2021 beschlossen hat, um den Menschen in Entwicklungsländern mit humanitärer Hilfe und einer Stärkung der Gesundheitssysteme sowie dem Aufbau wirtschaftlicher Perspektiven zu helfen.

- Wie nach der Wirtschafts- und Finanzkrise sollte es noch in diesem oder im Frühjahr 2021 eine **VN-Konferenz** zu den Auswirkungen und den Maßnahmen mit Blick auf die Pandemie sowie die notwendigen Reformen geben. Den Vorschlag der zivilgesellschaftlichen Gruppen, eine solche Konferenz auf den Entwicklungsfinanzierungsprozess auszurichten, unterstützen wir.

Wie in keiner anderen Partei gehören in der Sozialdemokratie internationale Solidarität, die universelle Geltung der Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, das Bekenntnis zu Demokratie, Frieden und Völkerverständigung von Beginn an zum Grundverständnis von Politik. Wir verfolgen eine Politik, die das Recht des Stärkeren, durch die Stärke des Rechts ersetzt, die den globalen Ausgleich fördert und

auf kooperative und demokratische Prozesse setzt. Sicher: Die Verteidigung dieser Prinzipien und die hartnäckige Arbeit an ihrer Umsetzung sind in der heutigen Welt nicht einfacher und nicht selbstverständlicher geworden. Das ist aber kein Grund, sie aufzugeben. Wir werden in Zukunft nicht weniger, sondern mehr globale Kooperation brauchen. Der Rückzug ins Nationale ist keine Antwort auf die Herausforderungen und wird die Krisen weiter verstärken.